

**Antworten auf die Wahlprüfsteine des Verbands
der Gründer und Selbstständigen (VGSD) e.V.
anlässlich der Bundestagswahl 2021**



1. Die Corona-Krise hat beispielhaft gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen und Unternehmen bis 10 MA in Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Regierungsbeauftragten? Wie wollen Sie alternativ für ein besseres Verständnis sorgen?

Wir GRÜNE legen großen Wert auf guten Kontakt und intensiven inhaltlichen Austausch mit Verbänden, die insbesondere Solo-Selbständige und KMU vertreten und laden diese regelmäßig zu Fachgesprächen unserer Fraktion und zu Expert*innenanhörungen des Bundestages ein. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die Verbände bei Gesetzgebungsvorhaben ausreichend Zeit für eine Stellungnahme bekommen. Gerade das zwischenzeitliche Chaos bei den Corona-Hilfen hat gezeigt, wie nötig eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Verbände durch die Bundesregierung gewesen wäre. Das haben wir auch sehr deutlich und frühzeitig kritisiert. Und dies spricht auch für eine stärkere institutionelle Verankerung dieser Aufgabe des Bundeswirtschaftsministeriums, Ansprechpartner für Solo-Selbständige und kleine Unternehmen zu sein.

2. Infektionsschutzgesetz: Wann und wie wollen Sie sicherstellen, dass bei künftigen Pandemien Selbstständige im Fall von Betätigungsverboten angemessen entschädigt werden? Wie sollen die Entschädigungen bemessen werden? Wie wollen Sie insbesondere auch die Lebenshaltungskosten berücksichtigen?

In der Pandemie haben wir uns für einen Unternehmerlohn in Höhe der Pfändungsfreigrenze (ca. 1.200 Euro) plus eine Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge - ein sogenanntes Existenzgeld - eingesetzt, den es nur in wenigen Bundesländern, z.T. für einen begrenzten Zeitraum, gab. Dies fordern wir GRÜNE auch weiterhin. Sollte es bei Corona-Hilfen zu Rückzahlungen kommen, sollen diese großzügig gestundet werden. In zukünftigen vergleichbaren Krisensituationen würden wir die Hilfsprogramme um ein solches Existenzgeld ergänzen wollen. Der Eigenkapitalzuschuss in den Überbrückungshilfen des Bundes soll auch Solo-Selbständigen zu Gute kommen. Darüber hinaus beabsichtigen wir, die Grundsicherung zu einer Garantiesicherung weiterzuentwickeln (siehe Frage 5), so wäre der Zugang leichter und gerechter.

3. Bei dem geplanten Lobbyregister sollen Lobbyisten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und weitere wie Kirchen von der Eintragungspflicht ausgenommen werden, obwohl diese Institutionen in großem Umfang Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Wie stehen Sie zu diesen Ausnahmen?

Wir GRÜNE lehnen Ausnahmen für große Akteur*innen und Institutionen im Lobbyregister ab. Bei den Diskussionen im Bundestag haben wir dies auch immer wieder deutlich gemacht. Das Lobbyregister soll Transparenz und gleiche Spielregeln für alle schaffen. Das ist mit dem Lobbyregister der Großen Koalition nicht der Fall. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es nachgeschärft wird.

4. Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir GRÜNE Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Langfristig

sollen existenzsichernde Sozialleistungen Schritt für Schritt zusammengeführt und die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

5. In der Coronakrise hat sich u.E. gezeigt, dass die Grundsicherung trotz "Vereinfachungen" nicht geeignet ist, Selbstständige wirksam zu unterstützen. Welche konkreten Veränderungen werden Sie vornehmen, von denen auch Selbstständige profitieren?

Die Grundsicherung ist mit zahlreichen Problemen behaftet. Sie ist nicht existenzsichernd und zu viele Menschen fallen durch das System: sie beziehen keine Leistung, obwohl sie Anspruch darauf hätten u.a. aufgrund bürokratischer Hürden. Das mussten insbesondere Selbstständige in der Pandemie erfahren. Deswegen wollen wir GRÜNE die Grundsicherung zu einer Garantiesicherung weiter entwickeln, indem wir die Regelsätze schrittweise anheben, die Sanktionen abschaffen, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzen, die Hinzuverdienstgrenzen verbessern und die sogenannte Bedarfsgemeinschaft Schritt für Schritt abschaffen. Zuerst für Nicht-Verheiratete und später - wenn die Voraussetzungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht geschaffen wurden - auch für Ehepaare.

6. Es sind oft Bund, Länder, Kommunen u.a. staatsnahe Organisationen, die zu niedrige Honorare festlegen, sei es bei der direkten Beauftragung von Selbstständigen, bei Ausschreibungen oder in Gebührenordnungen (etwa Hebammen, Dolmetscher). Was werden Sie konkret tun, um Verbesserungen herbeizuführen?

Wir GRÜNE wollen in der öffentlichen Vergabe die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien stärken und verbindlicher machen. Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz. Dadurch verbessern sich auch die Voraussetzungen für angemessene Honorare für Selbstständige. Unfares Preis-Dumping gilt es zudem durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmer*innenähnliche Personen und Solo-Selbstständige sollen sich künftig leichter tariflich organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

7. Selbstständige, die freiwillig arbeitslosenversichert waren, haben in der Corona-Krise kein Kurzarbeitergeld erhalten und wurden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Versicherten benachteiligt. Welche Veränderungen planen Sie in Bezug auf Freiwilligkeit, Beitragsberechnung und Leistungen?

Wir GRÜNE wollen den sozialen Schutz für Selbstständige ausbauen. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur Arbeitslosenversicherung, sodass sich alle Selbstständige freiwillig absichern können. Sie sollen die Möglichkeit von Wahlтарifen bekommen, um die Kosten und den Schutz entsprechend ihrer Möglichkeiten und Bedarfe anzupassen. Zudem soll sich zukünftig die Höhe des Arbeitslosengeldes auch für Selbstständige nach der Höhe der gezahlten Beiträge und nicht mehr nach ihrer Zuordnung in Qualifikationsstufen richten. Für Zeiten systemischer Krisen wie Pandemien unterstützen wir zudem einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld für versicherte Selbstständige.

8. Eine von einem Mitgliedsverband initiierte Gesetzesreform soll den Abmahnmissbrauch eindämmen. Sind die beschlossenen Maßnahmen ausreichend? Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie? Wie stehen Sie zu dem von uns geforderten Online-Melderegister für Abmahnungen?

Wir GRÜNE wollen die Lage der von Abmahnungen betroffenen Personen und Unternehmen wirksam verbessern. Dies tut das in dieser Wahlperiode beschlossene Gesetz leider nicht. Wir schlagen Nachbesserungen vor. Wir wollen nachträgliche Lösungsmöglichkeiten von vorschnell unterzeichneten Unterlassungserklärungen schaffen. Denn wer abgemahnt wird, wird häufig unter Druck gesetzt, innerhalb kurzer Zeit eine Unterlassungserklärung abzugeben. Bei Zuwiderhandlungen gegen die einmal abgegebene, oft viel zu weit formulierte Erklärung drohen hohe Vertragsstrafen.

Außerdem müssen die von Abmahnenden oft vorgeschlagenen Vertragsstrafen nach Leistungsfähigkeit der Abgemahnten abgestuft sein. Um Unsicherheiten und Informationsdefizite abzubauen soll das Bundesamt für Justiz Informationen über missbräuchliche Abmahnungen erfassen und öffentlich zugänglich machen. Auf allen Abmahnungen soll verbindlich auf diese Informationsmöglichkeit hingewiesen werden.